

Beitragsenkung abgelehnt

Keine Genehmigung für Gmünder Ersatzkasse

(kh) – Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt kündigte im letzten Jahr an, die gesetzlichen Krankenkassen durch die Gesundheitsreform so stark zu entlasten, dass diese ihre Beitragssätze 2004 im Durchschnitt auf 13,6 % senken. Eine für alle Versicherten schöne Vorstellung, aus der jedoch, so wie es scheint, nichts werden wird. Bisher konnte nur ein Bruchteil der Krankenkassen ihre Beitragssätze minimal senken. Bis zu 100 von insgesamt 230 Krankenkassen in Deutschland sollen hingegen so stark verschuldet sein, dass selbst Beitragserhöhungen nicht ausgeschlossen werden können, so Andreas Pohl vom Bundesversicherungsamt (BVA) in der „Welt am Sonntag“. Und schließlich gibt es einige Krankenkassen, denen die politisch geforderte Beitragssenkung schlichtweg untersagt wird. Bereits im März dieses Jahres musste die IKK Direkt ihren Beitragssatz rückwirkend von 11,9 % auf 12,9 % wieder anheben. Das BVA hatte gegen die vom Kieler Sozialgericht bewilligte Senkung Beschwerde eingelegt, der stattgegeben wurde. Und dies, ob-

wohl die Innungskrankenkasse nach Angaben ihres Vorstandes Ralf Hermes Überschüsse erwirtschaftet hat. Ähnlich zeigt sich der jüngste Fall der Gmünder Ersatzkasse (GEK). Diese wollte ihre Beiträge zum 1. Mai 2004 von 13,9 % auf 13,5 % senken, das BVA jedoch lehnte den Antrag ab. Zur Begründung heißt es, die GEK nehme einen Kontokorrentkredit in Anspruch und eine Senkung der Beiträge würde den Abbau der Verschuldung massiv gefährden. Für die GEK ist das Verhalten der Aufsichtsbehörde hingegen nicht nachvollziehbar. Unabhängige Wirtschaftsprüfer hätten der GEK eine solide Haushaltsführung bescheinigt, so Ralf Huber, Vorsitzender des Verwaltungsrates der GEK. Der voraussichtliche Überschuss bei einer Senkung betrage 60 Mio €, bei einer Beibehaltung des Beitragssatzes von 13,9 % hingegen 120 Mio €. Dies, so Huber, „ist mit dem Gesetz unvereinbar. Der Gesetzgeber hat vorgesehen, dass alle reformbedingten Mehreinnahmen für Beitragssenkungen zu verwenden sind.“

ZT Schreiben Sie uns!

Ihnen brennt ein Thema unter den Nägeln? Sie möchten den Berufskollegen Ihre ganz persönlichen Erfahrungen und Ansichten näher bringen, zur allgemeinen Diskussion anregen oder unserer Redaktion einfach nur Feedback geben? Dann schreiben Sie uns! Schicken Sie uns Ihre Meinung an folgende Adresse:

Redaktion ZT Zahntechnik Zeitung
Stichwort „Leserbriefe“
Oemus Media AG
Holbeinstraße 29
04229 Leipzig
Fax: 03 41/4 84 74-2 90
E-Mail: c.sens@oemus-media.de



Schweiz ist Zuzahlungs-Spitzenreiter

Studie vergleicht erstmals Belastungen durch Zuzahlungen in Europa / Deutschland im Mittelfeld

(dh) – Nicht die Gesundheitsreform an sich hat sich seit deren Einführung in den meisten Köpfen verankert, sondern vielmehr die mit ihr eng ver-

Befreiungsregelungen ein wenig genauer. Unter dem Aspekt vorher/nachher wird hierbei nicht nur die eine oder andere in Deutschland gel-

europäischen Vergleichsländern üblich sind, wird der Zuschuss in den meisten Ländern leistungsspezifisch erhoben. Lediglich in der

hezu doppelt so hoch wie in Deutschland.

Weniger als in Deutschland müssen die Menschen hingegen in den Niederlanden oder in Dänemark für Zuzahlungen leisten. Auf Grund der durch das Hausarztssystem eingeschränkten Arztwahl liegen die Gesundheitsausgaben dort bedeutend niedriger und machen entsprechend geringere Zuzahlungen erforderlich.

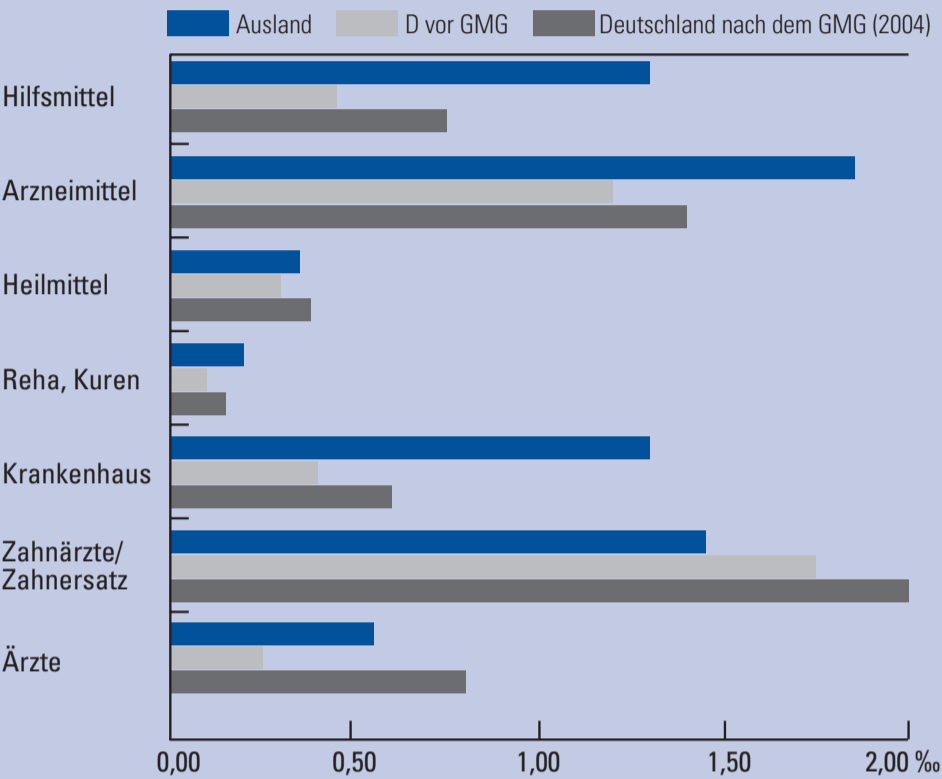
In Deutschland hingegen ist die Zuzahlungsbelastung am durchschnittlichen Einkommen seit Inkrafttreten des Gesetzes zur Modernisierung der Gesetzlichen Krankenversicherung deutlich angestiegen (von 4,3 auf 5,91 %). Sucht man hier den Vergleich zu den europäischen Nachbarn, hat Deutschland hier zwischen das Zuzahlungsmittelfeld erreicht.

Beachtenswert ist zudem die Tatsache, dass Deutschland neben Frankreich und Luxemburg die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben für Arzneimittel unter den europäischen Ländern ausweist, während Nachbarn wie Dänemark oder Irland ihre Versorgung mit nur rund 60 % bzw. sogar nur 50 % unserer Arzneimittelausgaben sicher stellen.

Vergleicht man ferner die Ausgaben für die zahnärztliche Versorgung, stellt man fest, dass diese hierzulande fast doppelt so hoch ausfallen wie der europäische Durchschnittswert.

ZT Zuzahlungsbelastungen der deutschen Versicherten

Angaben in % des Bruttoinlandprodukts im Vergleich zum europäischen Ausland



Quelle: Berechnungen Institut BASYS / Grafik: Oemus Media AG

bundenen Begriffe wie erhöhte Zuzahlung sowie Praxisgebühr. Eine so genannte BASYS-Studie, gefördert vom Bundesgesundheitsministerium, betrachtet nun erstmals die Zuzahlungs- und

tende Bestimmung unter die Lupe genommen, sondern vielmehr auch der Vergleich zu einigen europäischen Nachbarländern gesucht. Während Zuzahlungen für Kassenleistungen in allen

Schweiz gibt es einen leistungsunabhängigen Selbstbehalt. Die Schweizer sind zugleich jedoch auch Zuzahlungs-Spitzenreiter. Ebenso wie in Frankreich liegt das Belastungsvolumen dort na-

ZT ZAHNTECHNIK ZEITUNG

Verlag
Verlagsanschrift:
Oemus Media AG
Holbeinstraße 29
04229 Leipzig
Tel.: 03 41/4 84 74-0
Fax: 03 41/4 84 74-2 90
kontakt@oemus-media.de

Chefredaktion
Roman Dotzauer (rd)
Betriebswirt d. H.
(v.i.S.d.P.)
Dirk Hein (dh)
(Assistenz Chefredaktion)

Redaktionsleitung
Cornelia Sens (cs), M.A.

Redaktion
Katja Henning (kh)
(Redaktionsassistentin)
Eva Christina Börner (eb), M.A.
(Redaktionsassistentin)
Carsten Müller (cm), ZTM
Betriebswirt d. H.
(Ressort Wirtschaft)

Natascha Brand (nb), ZT
(Ressort Technik)

Projektleitung
Stefan Reichardt
(verantwortlich)

Anzeigen
Lysann Pohlmann
(Anzeigendisposition/
-verwaltung)

Herstellung
Ilka Richter
(Grafik, Satz)

Tel.: 03 71/52 86-0
E-Mail: roman-dotzauer@dotzauer-dental.de
Tel.: 03 71/52 86-0
E-Mail: dirk_hein@web.de
Tel.: 03 41/4 84 74-1 22
E-Mail: c.sens@oemus-media.de
Tel.: 03 41/4 84 74-1 23
E-Mail: k.henning@oemus-media.de
Tel.: 03 41/4 84 74-1 06
E-Mail: e.boerner@oemus-media.de
Tel.: 03 41/69 64 00
E-Mail: Dentaltec@aol.com
Tel.: 0 62 62/91 78 62
E-Mail: brand@dentalnet.de
Tel.: 03 41/4 84 74-2 22
E-Mail: reichardt@oemus-media.de
Tel.: 03 41/4 84 74-2 08
Fax: 03 41/4 84 74-1 90
ISSN: 03 41/4 84 74-31/-1 40
(Mac Leonardo)
03 41/4 84 74-1 92 (Fritz-Card)
E-Mail: pohlmann@oemus-media.de
Tel.: 03 41/4 84 74-1 15
E-Mail: richter@oemus-media.de

Unklarheit über Reform

Die meisten Bürger blicken im GMG nicht mehr durch

(eb) – Eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts EMNID stellte fest, dass sich die Hälfte der Deutschen im Dschungel der Gesundheitsreform nicht zurechtfindet. So müssen sich die Versicherten seit dem 1.1.2004 mit zahlreichen Neuerungen wie Praxisgebühr, Zuzahlungen, Bonustarife oder private Zusatzversicherungen auseinandersetzen, was anscheinend doch mehr Probleme verursacht, als bisher angenommen. Die von der Essener Krankenkasse ktpBKK in Auftrag gegebene Umfrage brachte ans-

Licht, dass 54 % der 2003 befragten Bürger nicht einmal wissen, warum es den Politikern mit dieser Reform eigentlich geht. Woher das gravierende Informationsdefizit rührt, konnte nicht geklärt werden. Fest steht, dass ältere Menschen eine bessere Kenntnis über die Ziele und Inhalte der Reform haben. So fühlten sich 58 % der über 60-Jährigen ausreichend aufgeklärt, während es bei den 14- bis 29-Jährigen lediglich 25 % waren. Aber auch geschlechtsspezifische Unterschiede wurden festgestellt: Fühlten sich 48 % der Frauen



gut aufgeklärt, gaben bei den Männern lediglich 41 % an, ausreichend Bescheid zu wissen. Dass Gesundheit generell teurer wird, darüber sind sich die meisten einig. Doch die we-

nigsten wissen, dass die Gesundheitskosten auch durch geringere Arzneimittelzuzahlungen, z.B. durch so genannte Generika, gesenkt werden können.

Philipp nimmt Hut

www.handwerk.de als Stolperfalle für den Präsidenten

(eb) – Der Druck auf den Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) Dieter Philipp wird zunehmend stärker. Die Millionenpleite des hauseigenen Internetportals www.handwerk.de führt höchstwahrscheinlich dazu, dass seine Amtszeit, die bis Ende 2005 dauern soll, schon bald beendet sein wird. Philipp, der den Vorsitz seit 1997 inne hat, schlug dem Präsidium selber vorgezogene Neuwahlen vor. Er verbindet die generelle Notwendigkeit einer Strukturreform mit personeller Umstrukturierung der Handwerksorganisation, sprich die Ankündigung seines vorzeitigen Rücktritts.



ZDH-Präsident Dieter Philipp.

Der ZDH beschäftigt ca. 850.000 Betriebe mit 5,1 Millionen Beschäftigten und einem Jahresumsatz von fast 470 Mrd. Euro.

Gesetz vergessen?

BMGS soll bei ZE-Regelung Panne unterlaufen sein

(cs) – Als erneuten Versuch, „Angst zu erzeugen und Versunsicherung zu säen“ hat der Sprecher des Bundesgesundheitsministeriums, Klaus Vater, eine Meldung der „Bild“-Zeitung kommentiert, wonach dem BMGS eine schwere Panne unterlaufen sei. In dem Artikel „Millionen Rentner bald ohne Zahnersatz“ hieß es, dass die rot-grüne Regierung bei der Gesundheitsreform ein Gesetz vergessen habe. Und zwar fehle die Regelung, wie ab dem Jahr 2005 der Sonderbeitrag für Zahnersatz bei Rentnern, Arbeitslosen und Rehabilitanten eingezogen werden könne. Die gesetzlichen

Krankenkassen hätten bereits „Alarm geschlagen“ und einen „Brandbrief an Ulla Schmidt“ geschickt. So zitiert die Zeitung aus diesem Brief, dass „die Versorgung mit Zahnersatz gefährdet sei“, wenn nicht bald eine zügige Gesetzesänderung vorgenommen würde.

Laut BMGS-Sprecher Vater hatte das Ministerium nach einem GMG-Anhörungsverfahren im Jahr 2003 festgestellt, dass es auf Grund des Einzugs des ZE-Beitrages ab dem 1.1.2005 zu einem erhöhten Verwaltungsaufwand kommen würde und eine Prüfung zugesagt. Diese wolle man jetzt vornehmen.

Die ZT Zahntechnik Zeitung erscheint regelmäßig als Monatszeitung. Die Beiträge in der „Zahntechnik Zeitung“ sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck, auch auszugsweise, nur nach schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit von Verbands-, Unternehmens-, Markt- und Produktinformationen kann keine Gewähr oder Haftung übernommen werden. Es gelten die AGB und die Autorennormen. Bezugspreis: Einzelheft 3,50 € ab Verlag zzgl. gesetzl. MwSt. und Versandkosten. Jahresabonnement im Inland 35,- € ab Verlag zzgl. gesetzl. MwSt. und Versandkosten. Abo-Hotline: 03 41/4 84 74-0. Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung (gleich welcher Art) sowie das Recht der Übersetzung in Fremdsprachen – für alle veröffentlichten Beiträge – vorbehalten. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Bei allen redaktionellen Einsendungen wird das Einverständnis auf volle und auszugsweise Veröffentlichung vorausgesetzt, sofern kein anders lautender Vermerk vorliegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bücher und Bildmaterial übernimmt die Redaktion keine Haftung.